

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/156

Bonn, den 19. August 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Ein Jahr nach der militärischen Invasion der CSSR</u> Das Ziel der deutschen Politik ist und bleibt die Erhaltung und Sicherung des Friedens	63
3 - 4	<u>Europapolitik - Weg mit Hindernissen</u> Nach der Abwertung des französischen Franc Von Egon C. Heinrich	69
4	<u>Verdientes Lob</u> Bundesrepublik an zweiter Stelle in der Entwicklungshilfe	23

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Die Teile Deutschlands zusammenführen
Gegen den Strom der Geschichte
Bernaupung des Rechtsanspruchs legitim
Ostdeutsche Landesvertretungen mit Schlagseite
Zubilligung der einfachsten Menschenrechte
Ein Beitrag zur Oder-Neiße-Frage
Jeder zweite Aussiedler aus der Tschechoslowakei
Habendorf hat Jubiläum
Nicht gerade unvoreingenommen

Ein Jahr nach der militärischen Invasion der CSSR

Das Ziel der deutschen Politik ist und bleibt die
Erhaltung und Sicherung des Friedens

sp - Der 21. August 1968 wird für die Bevölkerung der Tschechoslowakei sicher bald eine ähnliche Bedeutung haben, wie der 13. August 1961 für das deutsche Volk, der Tag, an dem die Mauer in Berlin gebaut wurde.

Ein Jahr ist seit dem 21. August 1968 vergangen. Über der Tschechoslowakei liegt seither ein Alpdruck. Die Menschen, die aufgebrochen waren, um dem von ihnen nie infrage gestellten Sozialismus demokratische Impulse zu geben, fragen sich heute, welches "Verbrechen" sie wohl begangen haben mögen, daß man eine militärische Intervention vermeintlicher Freunde und Verbündeter für notwendig hielt. Noch heute können sie es nicht fassen, daß auch deutsche Truppen aus der DDR an dieser Invasion teilnahmen, Soldaten jenes Volkes, in dessen Namen durch Hitler genau 30 Jahre vorher die Tschechoslowakei ausgelöscht wurde.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat vor Jahresfrist die militärische Invasion der CSSR verurteilt und insbesondere ihre tiefe Bestürzung darüber ausgesprochen, daß wiederum deutsche Soldaten eingesetzt wurden, um den Freiheitswillen des tschechoslowakischen Volkes zu erdrücken. Diese Verurteilung ist heute so gültig wie damals; wir haben ihr nichts hinzuzufügen.

Viele der Frauen und Männer, die noch vor einem Jahr das Banner der demokratischen Freiheit hielten, sind stumm geworden. Dogmatiker und konservative Kommunisten haben in der CSSR das Heft wieder in der Hand.

Man hat uns gesagt, die Niederringung jenes historisch bedingten Versuches des tschechoslowakischen Volkes, dem Sozialismus ein menschliches Antlitz zu geben, sei - von Moskau gesehen - eine zwingende

Notwendigkeit gewesen. Man hat behauptet, der Sozialismus sei in Gefahr gewesen und revanchelüsterne Kräfte im Westen hätten das tschechoslowakische Volk irregeführt.

Alles das sind fadenscheinige Vorwände für die durch nichts zu rechtfertigende militärische Intervention. Jene, die diese militärische Intervention befürworteten und durchführten, sind bis heute den Beweis für ihre Behauptung schuldig geblieben. Niemals haben etwa tschechoslowakische Politiker die Zugehörigkeit der CSSR zum sozialistischen Lager infrage gestellt. Es gibt nicht einen einzigen Hinweis darauf, daß Dubcek und seine politischen Freunde die Absicht gehabt hätten, anstelle der von ihnen selbst mit aufgebauten sozialistischen Gesellschaft eine andere Ordnung zu setzen.

Die Bundesrepublik Deutschland grenzt unmittelbar an die Tschechoslowakei. Zahlreiche kulturelle, wirtschaftliche und auch menschliche Verbindungen sind starke Brücken zwischen unseren beiden Völkern. Diese weiter auszubauen und trotz aller Widerwärtigkeiten politischer Art die Brücken nicht zerbrechen zu lassen, ist und bleibt die Aufgabe der deutschen Politik.

Wir wollen und wir können uns nicht in die inneren Angelegenheiten eines Nachbarlandes einmischen. Dies hindert uns aber nicht daran, immer wieder darzustellen, wie notwendig die Bereinigung von Mißverständnissen zwischen den Völkern und auch die Widerlegung von offensichtlich falschen Behauptungen ist. Nicht in dem Bemühen nachzuweisen, andere davon zu überzeugen, daß die Politik der Bundesrepublik Deutschland der Erhaltung und Festigung des Friedens in Europa dient, soll gerade am ersten Jahrestag der militärischen Invasion in der Tschechoslowakei der Sinn unseres Gedenkens an dieses dramatische Ereignis sein.

Europapolitik - Weg mit Hindernissen

Nach der Abwertung des französischen Franc

Von Egon C. Heinrich

Der Weg zur wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas ist mühsam. Neben großen Erfolgen kennt die EWG in ihrer 12jährigen Geschichte viele Krisen und Rückschläge. Wie schon nach den Mai-Unruhen von 1968 haben einseitige wirtschaftliche Maßnahmen der französischen Regierung auch jetzt wieder die EWG vor vollendete Tatsachen gestellt. Infolge der Franc-Abwertung mußte die französische Landwirtschaft für etwa zwei Jahre aus dem Preis-System des gemeinsamen EWG-Agrarmarktes herausgenommen werden. Damit wurde gerade jener EWG-Bereich betroffen, in dem die Integration vergleichsweise besonders weit fortgeschritten ist.

Ohne Zweifel war die Franc-Abwertung unvermeidlich für die Gesundung der französischen Wirtschaft. Die negativen Auswirkungen für die EWG sind darauf zurückzuführen, daß Paris seine Agrarpreise intern nicht um den Abwertungssatz von 12,5 Prozent erhöhen konnte und wollte. Andererseits mußte die abwertungsbedingte Senkung der französischen Agrarpreise innerhalb der EWG jetzt durch Exportbelastungen und Importsubventionen ausgeglichen werden.

Aus der Franc-Abwertung und den dadurch erforderlichen Beschlüssen des EWG-Ministerrates lassen sich mehrere Schlußfolgerungen ziehen:

1) Schwierigkeiten in einem Mitgliedsland können sich lähmend auch auf die ganze Gemeinschaft, d.h. auf die weitere Integration, auswirken. Der wirtschaftliche Zusammenschluß ist noch nicht soweit gediehen, als daß ein Rückfall in nationalstaatliche, dirigistische Maßnahmen unmöglich wäre. Andererseits sind die Volkswirtschaften bereits so eng miteinander verflochten, daß sich sowohl wirtschaftlicher Aufstiege als auch Rückschläge auf die übrigen Mitgliedstaaten auswirken. Anstatt die letzten Hemmnisse für den freien Warenaustausch vollends zu beseitigen müssen jetzt neue Belastungen an den französischen Grenzen eingeführt werden.

2) Die EWG-Zollunion und der gemeinsame Agrarmarkt können nur dann Bestand haben, wenn sie möglichst bald von einer gemeinsamen Konjunktur-, Währungs- und Außenhandelspolitik begleitet werden. Wirtschafts-, Agrar- und Währungspolitik können heute nicht mehr in nationalem Rahmen gemacht werden. Die einseitig forcierte Agrarpolitik wurde jetzt sozusagen auf den niedrigen Integrationsstand der übrigen Wirtschaftsbereiche zurückgeführt. Die Gemeinschaft wird auch diese Krise überwinden. Solange die Agrarpolitik supranational, die Währungs- und Konjunkturpolitik sowie die Finanzpolitik jedoch national betrieben werden, bleibt die Gemeinschaft von derartigen Friktionen nicht verschont.

3) Die Teilauflösung des komplizierten und kostspieligen Agrarsystems bietet Gelegenheit, die bisherige EWG-Agrarpolitik von Grund auf zu überprüfen und zu reformieren. Von dieser Einsicht bis zu wirklichen Schritten ist es ein weiter Weg. Die mit den enormen Überschüssen verbundenen Milliardenausgaben zwingen zu einer Reform.

4) Die Desintegration der Agrarpolitik dürfte eine Lösung der landwirtschaftlichen Probleme, die sich beim Beitritt Großbritanniens und anderer Länder stellen, wesentlich erleichtern.

5) Es ist unwahrscheinlich geworden, daß die zunächst für 12 Jahre geplante Übergangszeit der EWG fristgemäß am 1. Januar 1970 beendet werden kann. Eine Verlängerung der Übergangsperiode um ein bis zwei Jahre erscheint unausweichlich. Zu viele Voraussetzungen für die Vollendung des Gemeinsamen Marktes sind noch nicht erfüllt.

6) Die für dieses Jahr vorgesehene Gipfelkonferenz der EWG-Staaten ist nach den Ereignissen der letzten Tage noch dringender geworden. Nach dem Rückschlag für die wirtschaftliche Integration sollte jetzt ein neuer europäischer Aufschwung vom Politischen her gestartet werden. Der europäische Frühling ist noch nicht vorüber. Die Voraussetzungen für die Erweiterung der EWG, ihren inneren Ausbau und für eine engere politische Kooperation sind trotz der jüngsten Entwicklung günstiger als Anfang 1969. Wenn man von der Gipfelkonferenz auch keine Wunder erwarten darf, so gilt es doch, Bilanz der Integration zu ziehen und Leitlinien für die Zukunft abzustecken. Eines sollte die Gipfelkonferenz auf alle Fälle erreichen: den Desintegrationsprozeß zu stoppen und die unbewußte Umwandlung der Gemeinschaft in eine Freihandelszone zu verhindern.

7) Bundesaußenminister Willy Brandt und die SPD werden dafür sorgen, daß auch im Wahlkampf die Europapolitik nicht stillsteht. Die Initiativen Willy Brandts der letzten Monate haben nichts von ihrem Wert und ihrer Aktualität verloren.

+ + +

Verdientes Lob

Bundesrepublik an zweiter Stelle in der Entwicklungshilfe

sp - Ein hohes und wohl auch verdientes Lob erhielt die Bundesrepublik vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen für ihre Leistungen in der Entwicklungshilfe. Sie nimmt hier unter den Geberländern die zweite Stelle ein. Allein im Jahre 1968 floßen aus der Bundesrepublik, wie der Bericht der UNO rühmend feststellt, 1,4 Milliarden Dollar in die Entwicklungsländer, was im Vergleich zu früheren Jahren einem Zuwachs von 44 Prozent entspricht. Etwa 900 Millionen Dollar kamen aus privatwirtschaftlichen Krediten.

Die Hilfe für entwicklungsfähige Länder unterstreicht nicht nur den Gedanken der Solidarität, sie fördert auch das Ansehen der Bundesrepublik und gewinnt ihr neue Freunde. In der Bevölkerung und gerade unter der Jugend nimmt die Zahl derer zu, die die Bedeutung der Entwicklungshilfe erkennen und sie bejahen. Das war nicht immer so. Einen großen Anteil daran haben die Kirchen beider Konfessionen und engagierte Bürger aus allen demokratischen Parteien. Einen Auftrieb erhielt die Entwicklungshilfe durch das Wirken des früheren Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit Hans-Jürgen Wischniewski und seines Nachfolgers Erhard Eppler. Es wäre töricht, im Zuge einer möglichen Verringerung des Bundeskabinetts auch das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit einzubeziehen. Seine Bedeutung als Instrument friedlicher deutscher Außenpolitik nimmt von Jahr zu Jahr zu.

+ + -